



## **Wortprotokoll** der 47. Sitzung

### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Berlin, den 27. September 2023, 17:00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus  
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1** **Seite 4**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -  
Beschlussfassung über die Votenliste

**Ausschussdrucksache 20(26)80**

### **Tagesordnungspunkt 2** **Seite 4**

Nachbereitung der Sitzung des  
Staatssekretärsausschusses für nachhaltige  
Entwicklung am 25. September 2023 zum Thema  
„Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme“



**Tagesordnungspunkt 3** **Seite 13**

Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu  
zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den  
Ausschussberatungen

**Tagesordnungspunkt 4** **Seite 15**

Verschiedenes



### Mitglieder des Beirates

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zur 47. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Wer sich von Ihnen umschaute, wird feststellen, dass wir heute mehr Gäste auf der Tribüne haben als wir sonst verzeichnen. Mir ist mitgeteilt worden, dass es sich um den Nachhaltigkeitsstudiengang der Hochschule in München handelt. Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste**

##### **Ausschussdrucksache 20(26)80**

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Damit steigen wir in die Tagesordnung ein. TOP 1 ist die Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung mit der Beschlussfassung über die Votenliste. Sie ist auf Ausschussdrucksache 20(26)80 verteilt worden. In der Obleuterunde haben wir besprochen, dass keine Aussprache gewünscht ist, weshalb ich direkt über die Votenliste abstimmen lasse. Wer stimmt der Votenliste zu? Diejenigen bitte ich um ein Handzeichen. Das sind alle. Damit haben wir die Votenliste einvernehmlich verabschiedet. Dankeschön.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Nachbereitung der Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung am 25. September 2023 zum Thema „Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme“**

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Wir kommen zum TOP 2 – Nachbereitung des Staatssekretärsausschusses zum Thema „Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme“. Ich begrüße Frau Ministerialdirigentin Kons. Sie ist Leiterin der Unterabteilung „Agrarsozialpolitik, Steuerpolitik, Agrarstatistik, Umbau der Tierhaltung“ im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Sie wird von ihrem Mitarbeiter aus dem betreffenden Ministerium, Herrn Altenhof, begleitet. Ihnen beiden ein herzliches Willkommen. Schön, dass Sie da sind.

Wir freuen uns, von Ihnen darüber informiert zu

werden, wie der StS-Ausschuss über das Thema beraten hat. Es ist so verabredet worden, dass sich der StS-Ausschuss selbst Leitfragen gibt, die in der Folge zu bearbeiten sind. Wir haben uns dazu entschieden, zu diesem wichtigen, aber doch sehr komplexen Thema keine Stellung zu beziehen. Sie haben zehn bis 15 Minuten Zeit für Ihren Input. Anschließend werden wir in die Fragerunde einsteigen. Die sind hier weniger förmlich, als sie es in einem Ausschuss sind. Es stehen fünf Minuten für die jeweiligen Fragen und Antworten zur Verfügung. Zudem lassen wir in dem Würfel die Zeit mitlaufen, sodass wir alle eine Orientierung darüber haben, wie sich die Zeit entwickelt.

Sehr geehrte Frau Kons, ich bitte Sie um Ihr Eingangsstatement. Wir sind alle sehr gespannt.

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Vielen Dank. Ich freue mich, dass ich mit Ihnen über die Fragen der Transformation zu einer nachhaltigen Ernährung und Landwirtschaft sprechen kann. Ich möchte diese Gelegenheit direkt nutzen und die Staatssekretärin, die ursprünglich für diese Sitzung eingeladen war, entschuldigen. Sie ist wegen anderer terminlicher Verpflichtungen verhindert. Sehr gerne werde ich Sie über die Sitzung des StS-Ausschusses für nachhaltige Entwicklung informieren. Vorweg würde ich ein paar generelle Bemerkungen tätigen und mich allgemein zu dem Thema äußern, was Landwirtschaft und Ernährung betrifft.

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Klimakrise, Artensterben, zunehmende Verschmutzung und ein zu hoher Ressourcenverbrauch gefährden unsere natürlichen Lebensgrundlagen und damit unsere Ernährungssicherheit. Hinzu kommen Kriege, Konflikte und die Folgen von Pandemien. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist und bleibt es eine der dringendsten Fragen, das Recht auf Nahrung weltweit zu verwirklichen. Dabei dürfen wir nicht die eine Krise vermeintlich lösen, indem wir eine andere verschärfen. Es geht uns um nicht weniger als darum, allen Menschen ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und zugleich für die zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Wie Sie alle wissen, sind die



17 Nachhaltigkeitsziele, die 2015 von den Vereinten Nationen entwickelt wurden, die Richtschnur unserer Arbeit. Im Zentrum unseres Handelns steht, die politischen Voraussetzungen für ein nachhaltiges und zukunftsfestes Agrar- und Ernährungssystem zu schaffen und den dafür notwendigen grundlegenden Wandel zu gestalten. Das Ziel dieser Transformation ist ein System, das dauerhaft die Grundlagen für eine ausreichende, gesunde und angemessene Ernährung sichert, aber auch den Bäuerinnen und Bauern wirtschaftlich tragfähig ein Leben auf dem Lande garantiert. Gleichzeitig ist es wichtig, dass eine solche Transformation das Ziel hat, die Umwelt, die Tiere und das Klima zu schützen. Ein wichtiger Hebel ist momentan der Umbau der Tierhaltung. Dem BMEL geht es darum, weniger Tiere zu halten, sie dafür aber besser zu halten. Wir haben bereits eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung beschlossen. Das ist ein enorm wichtiger Schritt zu einer stärkeren Verbrauchertransparenz. Darüber hinaus haben wir Anpassungen im Bau- und Genehmigungsrecht vorgenommen, um den Umbau der tiergerechten Ställe zu erleichtern. Des Weiteren haben wir eine finanzielle Unterstützung für den Umbau der Tierhaltung seitens der Landwirte in Höhe von einer Milliarde im Bundeshaushalt sichern können. Das ist mehr, als es bisher jede andere Bundesregierung geschafft hat.

Auch im Rahmen der GAP sind wir einen guten Schritt vorangekommen. Veränderte Anforderungen und Förderangebote stärken die Bemühungen, den Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität zu sichern. Ferner werden wir bis zur Mitte der Legislaturperiode ein Konzept für die Weiterentwicklung der GAP 2027 vorlegen. Ziel ist es, von den bisherigen Direktzahlungen abzukommen und ein System zu entwickeln, das eine einkommenswirksame Honorierung von Klima-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen vorsieht. Ein weiterer wichtiger Schritt, die Agrar- und Ernährungssysteme nachhaltiger zu gestalten, ist die Förderung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft als besonders ressourcen- und umweltschonende Wirtschaftsform. Aus diesem Grund ist der Ökolandbau unser agrarpolitisches Leitbild. Wir wollen dafür sorgen, dass bis 2030 mindestens 30 Prozent der deutschen Agrarflächen von Ökolandwirtinnen

und -landwirten bewirtschaftet wird. Das unterstützen wir mit einer Reihe von Maßnahmen – über Forschung und Beratung bis hin zur Bio-Förderung in der Außer-Haus-Verpflegung. Wie Sie wissen, haben wir das 30-Prozent-Ziel ebenso im Strategieplan der GAP für die Periode 2023 bis 2027 verankert.

Außerdem wollen wir das Thema „Agrarökologie“ vorantreiben. Hier beginnt in Kürze eine europäische Forschungsförderung unter dem 9. EU-Forschungsrahmen-Programm „Horizont Europa“, um neue Innovationen in Sachen nachhaltiger Agrarmethoden zu ermöglichen.

Im Juni 2023 ist Deutschland durch die Unterzeichnung von Bundesminister Özdemir und Bundesministerin Schulze der Koalition für Agrarökologie, die im Rahmen des UN Food Systems Summit im September 2021 gegründet wurde, beigetreten.

Ich möchte Ihnen noch andere Transformationsprojekte als Beispiel nennen. Das sind die Förderung einer verstärkten pflanzenbetonten Ernährung, die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten in den ländlichen Räumen, die Förderung einer klimaangepassten Waldbewirtschaftung sowie eine nachhaltigere Fischerei. Doch bei allen großen und kleinen Projekten der Transformation gilt: Die Entwicklung zu nachhaltigeren Agrar- und Ernährungssystemen kann nur gelingen, wenn Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Zivilgesellschaft, Konsumentinnen und Konsumenten, diese Herausforderungen gemeinsam angehen.

Das gilt nicht nur für die Anstrengungen hier zu Lande oder auf EU-Ebene, sondern vor allem in der internationalen Zusammenarbeit – speziell mit den Ländern des Globalen Südens. Gerade für diese sind faire Lieferketten und Ernährungssouveränität Voraussetzungen für eine ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) bildet dabei den zentralen Rahmen. Die 17 Ziele der Agenda 2030 sind der Leitfaden der Politik der Bundesregierung.

Mit der Einführung der sechs Transformationsbereiche wird ein politisch



kohärentes Vorgehen gewährleistet. Wie auch zu den anderen Transformationsbereichen werden wir einen Transformationsbericht für das Transformationsteam 5 gestalten. Das Transformationsteam 5 wird federführend vom BMEL und BMUV geleitet, wobei weiterhin das BMBF, das BMZ, das BMG und das Auswärtige Amt vertreten sind.

Es ist vorgesehen, dass wir den Transformationsbericht im Januar 2024 in das Bundeskabinett einbringen und dass dieser dort verabschiedet wird. Vorab wurde der Abschlussbericht des Nationalen Dialogs zu Ernährungssystemen ausgewertet, den die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) in unserem Auftrag durchgeführt hat und an dem sich mehr als 1 600 Personen beteiligt haben.

Die erste Etappe des Beteiligungsprozesses war die Nachhaltigkeitskonferenz des BMEL im Mai 2023 in Kirchberg an der Jagst. Die zweite Konsultationsrunde war die Sitzung der Dialoggruppe unter der Leitung von Staatssekretärin Bender, in der 20 Verbände ihre Ideen und Vorschläge einbringen konnten. Ein sehr wichtiger Meilenstein in diesem Dialogprozess war das Jugendpolitische Forum, das am vergangenen Wochenende erfolgreich stattgefunden hat. Natürlich ist es so, dass die Staatssekretärin, Frau Bender, und die Leitung unseres Hauses im stetigen und regen Austausch mit den Landwirtinnen und Landwirten, die von der Transformation direkt betroffen sind und diese gestalten, im Kontakt steht. Insbesondere gibt es Kontakte zu dem „Dialognetzwerk zukunftsfähige Landwirtschaft“, das vom BMEL und BMUV ins Leben gerufen wurde, wobei wir die Perspektiven der Praxis aus Landwirtschaft und Naturschutz in den Prozess der Erarbeitung des Transformationsberichtes einbeziehen werden.

Zudem möchte ich darüber berichten, dass in der Sitzung des StS-Ausschusses ein Impulsvortrag von Frau Prof. Dr. Britta Renner gehalten worden ist. Frau Prof. Renner ist Psychologin an der Universität Konstanz. Sie hat das gesamte Problem der Nachhaltigkeit der Ernährung unter einem anderen Aspekt betrachtet. So stelle das Thema „Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme“ einen zentralen Transformationsbereich der gesamten Deutschen

Nachhaltigkeitsstrategie dar. Ihren Impulsvortrag fokussierte sie insbesondere auf eine nachhaltige Ernährung und damit auf die Konsumseite. In diesem Zusammenhang erwähnte sie, dass die Produktionsseite zwar wichtig, die Angebotsseite jedoch gleichbedeutend sei. Ohne eine deutliche Veränderung der Konsumgewohnheiten würde eine umfassende Änderung und Erreichung unserer Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden können. Deshalb sollte es unser gemeinsames Ziel sein, eine gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. Dafür würden aber auch mehr konsumseitige Steuerungsimpulse, ergänzend zu den vorwiegend angebotsseitigen Maßnahmen, erwartet und gebraucht werden. Denn die Herausforderungen auf der Konsumseite seien von enormer Größe und es bestünde eine enorme Handlungslücke.

Sie nannte ein paar Zahlen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. So lägen wir allein beim Fleischkonsum doppelt so hoch wie der von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung seit vielen Jahren empfohlene Wert. Demgegenüber lägen wir mit dem Gemüsekonsum im OECD-Vergleich auf einem der letzten Plätze. Über die Hälfte der Erwachsenen in Deutschland sei übergewichtig. Jeder fünfte Todesfall sei auf eine ungesunde Ernährung zurückzuführen. Daher begrüße sie das Ziel einer gesunden und pflanzenbetonten Ernährung ausdrücklich und führt aus, dass dieses Ziel wissenschaftlich von einem breiten Konsens getragen werden würde. Sie hat die Frage beleuchtet, was wir bisher getan haben und tun. Die bisherige konsumseitige Steuerung fokussiere auf die drei Strategien "Aufklären", "Motivieren" und "Behandeln". Die bisherige Grundannahme sei: Je mehr die Menschen wissen und je motivierter sie sind, desto leichter ist die Verhaltensänderung. Sollte dies nicht gelingen, würden wir die Folgen medizinisch adressieren. Das genüge jedoch nicht. Wenn eine konsumseitige Veränderung gelingen soll, bräuchten wir eine umfassende Ernährungspolitik, die die Ernährungsumgebung adressiert. So stellen wir uns auch die Frage: Warum Ernährungsumgebungen? Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich gesünder ernähren, sozialer sowie tier- und umweltfreundlicher agieren, scheitern aber häufig im Alltag, weil unsere gegenwärtigen Ernährungsumgebungen es uns oft schwer



machen. So wollte im Jahr 2021 rund die Hälfte der Erwachsenen abnehmen. Die Tendenz ist seitdem steigend. Auch ist das Interesse an Ernährungsthemen enorm hoch. Es gehört zu den Topthemen auf Social Media und das Wissen war noch nie so groß wie heute. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich jedoch unbehaglich. Rund 40 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen möchten ihren Fleischkonsum reduzieren. Es fehlt aber am entsprechenden Angebot.

Ein wichtiger Punkt, der auch von ihr genannt worden ist, ist die Tatsache, dass wir in Deutschland Ernährungsarmut zu verzeichnen haben. Laut FAO-Angaben sind in Deutschland rund drei Millionen Menschen von Ernährungsarmut betroffen. Das sind ungefähr 3,2 Prozent. Sie können sich aus finanziellen Gründen eine gesundheitsfördernde Ernährung nicht leisten. Neben der materiellen Ernährungsarmut besteht auch eine erhebliche soziale Ernährungsarmut. Diese wird aktuell nicht adressiert.

Folglich müssen wir in der Bevölkerung ein viel umfassenderes Verständnis für die Ernährung entwickeln. Wir müssen dabei zudem beachten, dass auch das Essen soziale Zugehörigkeiten und Identitäten schafft. Bisher ist es so, dass wir Essen vornehmlich als Gesundheits- und Umweltrisiko gesehen haben. Wir müssen den Fokus daher mehr auf das Individuum legen und daran denken, dass wir allein im Zusammenhang mit der Nahrungsaufnahme am Tag 200 Entscheidungen darüber treffen müssen, was, wann, wieviel, mit wem und in welcher Umgebung wir essen. Gerade wenn wir sozial unterschiedliche Schichten betrachten, sollten wir das unbedingt bei der Arbeit mitberücksichtigen.

„Was brauchen wir?“ war der letzte Punkt, den Frau Prof. Renner angesprochen hatte. Sie nannte ein Neudenken des Ernährungsverhaltens und des Verbraucher-/Verbraucherinnenbildes, klare und ambitionierte Ziele, die mit einem entsprechenden Monitoring, aber auch mit einer Finanzierung ausgestattet sind sowie eine umfassende Ernährungsstrategie, weil Einzelmaßnahmen erfahrungsgemäß eine eher begrenzte Wirkung erzielen würden.

Ich möchte an dieser Stelle mit der Erläuterung

des Vortrages schließen, möchte aber noch einige Worte zur Diskussion zum Vortrag verlieren. Wichtig war dem BMEL, Frau StSin Bender, dass Frau Prof. Renner betont hat, dass die Transformation der Systeme insgesamt nur im Zusammenhang gehen kann. In dem Zusammenhang wurde die Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft sowie des Verkehrs genannt, weil wir daran denken müssten, dass circa 92 Prozent Deutschlands mit zu den ländlichen Regionen gehören. Solange jemand über ein Auto verfügt, sei er auch in der Lage, sich gesunder Lebensmittel ohne weiteres und schnell kaufen zu können. Ist er auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, sehe es schon etwas anders aus.

Die Ernährung müsse sich, so sind die Schlussfolgerungen in der Diskussion gezogen worden, an die veränderte Produktion anpassen. Aber auch die Produktion habe sich am Willen der Konsumenten und Konsumentinnen zu orientieren. Diese Aspekte wird das BMEL in einer Ernährungsstrategie, die demnächst vorgelegt werden wird, mitberücksichtigen.

Die Staatssekretärin hatte zudem kurz über ihre Eindrücke aus dem Jugendforum berichtet, welches ich vorhin erwähnt habe. In jener Diskussion und bei den vielen positiven Vorschlägen, die die Jugendlichen genannt haben, ist zum Ausdruck gekommen, dass es insbesondere wichtig sei, nicht nur eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu publizieren. Vielmehr müsse man die Produkte, die nachhaltig produziert werden, als solche erkennen können. Und nicht nur müssten sie als solche erkennbar, sondern auch bezahlbar sein.

Insgesamt hat die Diskussion gezeigt, dass wir Jugendliche viel mehr in die aktuellen Diskussionen einbeziehen müssen, was auch das Beispiel der ZKL, der Zukunftskommission Landwirtschaft, gezeigt hat. Wir arbeiten daran.

Das BMAS hatte in der Diskussion nochmal die immense Bedeutung der Ernährung in Kitas und Gemeinschaftseinrichtungen bestätigt und hat darauf hingewiesen, dass bei einer gesunden Ernährung viel davon abhängig sei, was ich mir leisten kann. Aber gesunde Nahrungsmittel sollten für alle verfügbar und erschwinglich sein. Allerdings hatte die Vertreterin auch festgestellt,



dass der Staat mit den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, was eine bestimmte Förderung betrifft, teilweise überfordert sei.

Der Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hatte auf die prekäre Situation der Gemeinschaftsverpflegung in Krankenhäusern hingewiesen, die im Schnitt als eher schlecht eingeschätzt werde. Das ist eine Kostenfrage, wie wir sie auch bei Betriebskantinen feststellen.

Abg. **Kerstin Radomski** (CDU/CSU): Entschuldigung, Herr Vorsitzender, ich schalte mich kurz ein. Wir sind doppelt so lange in der Zeit vorangeschritten, wie für den Vortrag vorgesehen war, der abgelesen wird und den wir uns vorher schneller hätten durchlesen können.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Gut, dann schlage ich vor, wir machen an der Stelle einen Punkt. Ich habe nämlich schon einige Wortmeldungen, die sicherlich erweiternde Fragestellungen enthalten. Ich habe auf der Redeliste Frau Rudolph, Frau Radomski, Herrn Dr. Stefinger und Frau Hagl-Kehl. Anschließend haben Frau Willkomm, Herr Al-Halak, Herr Dr. Kraft und Herr Wagner das Wort. Frau Rudolph, bitte.

Abg. **Tina Rudolph** (SPD): Herzlichen Dank. Erstmals würde ich ein bisschen Schärfe wieder rausnehmen. Wenn die Staatssekretärin verhindert ist und Sie geschickt werden, ist das so. Wir wissen es zu schätzen, dass Sie uns berichten. Aber ich glaube, wir würden unserem Selbstverständnis als Beirat nicht gerecht werden, wenn wir nur kurz darauf hinweisen, schließlich sitzen junge Menschen auf der Tribüne. Wenn diese glauben, dass der Bundestag mit dem Drive an das Thema „Nachhaltigkeit“ rangeht, dann haben wir ein Kommunikationsproblem.

Jetzt zu den beiden inhaltlichen Fragen, die ich gerne anschließen würde. Auf der einen Seite haben Sie betont, dass Konsumententscheidungen wichtig sind und dass wir eine geteilte Verantwortung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und zwischen den Produzierenden haben. Jetzt ist es so, dass ich eine Konsumententscheidung dann gut treffen kann, wenn ich möglichst informiert bin und wenn ich Alternativen abwägen kann. Es gibt gute Modellprojekte, z. B. den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von verschiedenen Gerichten zu vergleichen, wie es

einige Kantinen handhaben. Mich würde interessieren, ob es den Plan gibt, so etwas umfassender in die Verbreitung zu tragen, sodass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck wie die Mehrwertangaben auf jedem Lebensmittel und auf jedem Gericht zu finden ist. Denn ich denke, dass es viele Menschen dazu bewegen würde, dahingehend eine Konsumententscheidung zu treffen.

Zweite Frage: Ich bin Abgeordnete in einem ländlichen Bereich in Thüringen. Auch mich würde der Gedanke schmerzen, nie wieder ein Rostbrätl zu essen. Deswegen verstehe ich alle Leute, die sagen, ein ganzer Verzicht auf Fleisch ist schwierig. Gibt es neben der Förderung der ökologischen Landwirtschaft Bestrebungen – vor allem vor dem Hintergrund, dass es in der Fleischproduktion nicht für alle reichen wird, wenn die Ernährungsgewohnheiten so bleiben –, den Forschungssektor zu stärken und im Bereich der Proteinforschung in Deutschland eine Vorreiterrolle einzunehmen, um gute und genussvolle Alternativen auf den Weg zu bringen? Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Dankeschön. Wir fahren so fort, dass Sie direkt antworten.

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Vielen Dank. Was Ihre Frage bezüglich der Kennzeichnung der Lebensmittel und der Abbildung des ökologischen Fußabdrucks betrifft: Das ist im Gespräch, aber inwieweit und in welche Richtung diese Diskussionen geführt werden oder wie das Ergebnis aussieht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Zu der zweiten Frage: Ja, es werden in großem Umfang Forschungsmittel für die Entwicklung von gesunden eiweißhaltigen Lebensmitteln ausgegeben wie z. B. für die Eiweißpflanzenstrategie. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie viele Gelder dazu bereitgestellt werden, aber im größeren Umfang werden dort Mittel veranschlagt und damit wird gearbeitet. Ich bin gerne bereit, diese Zahl nach Abschluss der heutigen Sitzung nachzureichen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Gibt es eine Nachfrage? Okay. Dann ist Frau Radomski an der Reihe.



Abg. **Kerstin Radomski** (CDU/CSU): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Ich möchte mal anfangen. Das schließt an das an, was wir gerade besprochen haben. Bin ich richtig in der Annahme, dass Sie Unterabteilungsleiterin im Haus sind?

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Das ist richtig. Ich bin auch so vorgestellt worden.

Abg. **Kerstin Radomski** (CDU/CSU): Ich war noch nicht da. Entschuldigen Sie bitte. Ich muss sagen, das passt auch nach den Antworten, die wir bekommen haben. Es erweckt einen komischen Eindruck den jungen Menschen gegenüber. Ich finde es grob fahrlässig. Es gibt einen Minister, es gibt Staatssekretäre und es gibt Abteilungsleiter. Unterabteilungsleiter sind Beamte. Diese dienen dem Hause. Sie können nur etwas vortragen, was Sie aufgeschrieben bekommen haben und das wird dann erzählt. Ich finde das schwierig. Ich habe schon öfter etwas zu dem Niveau des Beirats gesagt, aber – und das ist nicht gegen Sie gerichtet, Sie haben das wirklich gut und seriös vorgetragen, Frau Kons – wenn wir nicht die politisch handelnden Köpfe eines Hauses hier sitzen haben, dann brauchen wir unsere Zeit nicht damit zu verbringen. Und Ihr Haus bringt Sie in eine unangenehme Situation und wir auch, denn wir stellen Ihnen Nachfragen, die Sie im Grunde genommen nicht beantworten können, weil Sie nicht in der politischen Verantwortung sind. Sie sind eine Beamtin, auch wenn Sie vom Haus entsendet wurden. Das ist für alle Beteiligten eine sehr unglückliche Situation und das wollte ich am Anfang einmal sagen. Dankeschön.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Das war keine Frage, sondern ein Statement. Das werden wir sicherlich intern besprechen müssen. Wir haben kein Zitierrecht. Wir sind ein Beirat und kein Ausschuss. Die Alternative habe ich mit den Obleuten mehrfach ausführlich besprochen. Das ist die Situation, in der wir stehen. Wir können sie nicht ändern. Und die Alternative ist dann, entsprechende Sitzungen, wenn Absagen vorliegen, ausfallen zu lassen. Das war bisher für uns keine Alternative. Insofern ist die Situation, dass wir aus der Arbeitsebene jemanden zur Verfügung haben, der uns berichtet und der uns – sicherlich aus dieser Perspektive und nicht mit dem politischen Impetus – Fragen

beantworten kann wie verabredet. Wenn das nicht mehr erwünscht ist, müssen wir eine andere Verabredung treffen. Das haben wir aber bisher nicht getan. Und das machen wir auch jetzt nicht hier, sondern in der Obleuterunde. Deswegen fahren wir mit der Fragerunde fort. Wir werden sicherlich ein paar inhaltliche Antworten kriegen.

Eine Frage war bei Ihnen, Frau Radomski, nicht mehr dabei? Okay. Dann Herr Dr. Stefinger bitte.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich weiß nicht, ob Sie die Frage beantworten können, da sie durchaus eine politische ist. Es ist nämlich wahrzunehmen, dass in der Bundesregierung Uneinigkeit bezüglich des Themas „Forschung“ – insbesondere bezüglich neuer Züchtungstechnologien und des Einsatzes der Gen-Schere – besteht. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen von der Entwicklungsministerin und auch von der Forschungsministerin. Während Frau Stark-Watzinger als Forschungsministerin die vielen Vorteile, Chancen und Potenziale, insbesondere für die Themen „Klimawandel“, „Ernährungssicherheit“ und „Etablierung einer nachhaltigen Landwirtschaft“, sieht, vertritt Frau Schulze als Entwicklungsministerin eine gegenläufige Ansicht. Deswegen die Frage: Wie ist die Einschätzung bei Ihnen im Haus? Gibt es dazu eine Positionierung aus dem Landwirtschaftsministerium, die ich bisher nicht mitbekommen habe? Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Direkte Antwort.

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Das BMEL ist offen für neue Züchtungsforschungen. Diese gucken wir uns aber erst genau an, bevor wir dazu Entscheidungen treffen. Danke.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Eine Nachfrage? Bitte Frau Hagl-Kehl.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Dankeschön. Danke, dass Sie wenigstens zu uns gekommen sind. Ich möchte darauf eingehen, dass wir eine Änderung der GAP brauchen. Wie sehen Sie die Chancen, dass wir das europäisch hinbekommen? Wie groß ist die Bereitschaft in anderen Ländern? Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Länder bereit



ist, von der bisherigen Förderkulisse abzuweichen. Es würde mich interessieren, wie das bei Ihnen im Haus gesehen wird. Natürlich stehen wir vor einer Europawahl und 2027 werden die Würfel neu gemischt. Aber ich denke nicht, dass es sehr viel anders werden wird von der europäischen Situation her.

Dann komme ich zu dem Klima- bzw. CO<sub>2</sub>-Label. Das Vorhaben steht definitiv im Koalitionsvertrag. Deswegen ist es für mich etwas befremdlich, wenn davon gesprochen wird, es gäbe vielleicht Überlegungen. Wir sind in der Mitte der Legislatur. Es müsste schon etwas im Gange sein. Die Wirtschaft ist in dieser Richtung schon längst unterwegs. Die großen Lebensmittelkonzerne wollen, dass ein staatliches Label eingeführt wird. Auch die Wirtschaft will Verlässlichkeit. Die sind bei uns im Parlament schon unterwegs und wir machen dazu die „runden Tische“. Eigentlich sollten diese „runden Tische“ eher im BMEL stattfinden und nicht im Parlament, auch wenn wir der Gesetzgeber sind.

Nun zur Frage rund um die Eiweißpflanzenstrategie. Diese gab es vor zehn Jahren schon, als ich das erste Mal ins Parlament kam. Es ist keine neue Errungenschaft, sondern es gab immer wieder die Bestrebungen. Ich merke nicht, dass das fortschreitet. Wir wären dankbar, wenn wir dazu einen schriftlichen Bericht bekämen, der uns darüber aufklärt. Dankeschön.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Gibt es dazu ein paar Hinweise von Ihnen?

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Was das Klima-Label betrifft, bin ich nicht aussagefähig. Auch die Fragen zur Eiweißpflanzenstrategie würde ich gerne mitnehmen. Was die weitere Gestaltung der GAP betrifft, sind wir fest entschlossen, die Direktzahlungen weiter abzubauen und zu geförderten Maßnahmen hinzuzukommen, die viel mehr Input zu den Fragen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit geben. Sie haben es selbst angesprochen. Es wird in der Tat sehr schwierig sein, uns in Europa, in Brüssel, mit diesen Ideen durchzusetzen. Aber ich sehe auch, dass unser Haus schon früh in Sondierungsgespräche eingetreten ist und dass wir dabei sind, die entsprechenden Partner, die eine ähnliche

Auffassung wie Deutschland in dieser Frage vertreten, zu suchen und zu finden. Sie wissen, dass unser Minister ständig sagt, ein „Weiter so“ geht nicht. Wir haben es in diesem Jahr an den Ernteergebnissen gesehen, an den Wetterkapriolen, die in den Regionen stattgefunden haben. Das sind keine normalen Wetterkapriolen. Wir müssen umdenken und es reicht nicht, wenn wir in Deutschland umdenken. Wir sind dahingehend auf einem guten Weg, aber keiner kann momentan sagen, ob es uns gelingen wird, uns in Brüssel durchzusetzen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Dankeschön. Jetzt zunächst Frau Willkomm und dann Herr Al-Halak.

Abg. **Katharina Willkomm (FDP):** Dankeschön, Herr Vorsitzender. Erst einmal muss ich mit zwei Verständnisfragen anfangen. In Ihrem Vortrag haben Sie eine Zusammenfassung eines Impulsvortrages der Professorin Renner gebracht. Ich gehe davon aus, dass das BMEL sich diesen Vortrag vollständig zu eigen macht.

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Nein. Meine Aufgabe war unter anderem, den Impulsvortrag, der in der Sitzung des StS-Ausschusses gehalten worden ist, darzustellen. Dass wir uns alles zu eigen machen, dem ist nicht so.

Abg. **Katharina Willkomm (FDP):** Gut. Es war meinerseits eine Verständnisfrage, da in diesem ganzen Konstrukt der Wiedergabe und Zusammenfassung des Vortrages Widersprüche entstanden sind. Denn einerseits war zu entnehmen, dass durch die sozialen Medien das Wissen über nachhaltige und gesunde Ernährung noch nie so groß war. Andererseits haben Sie zwei Minuten später gesagt, es fehle dem Verbraucher an Wissen und Bildung über nachhaltige und gesunde Ernährung. Das ist für mich ein Widerspruch. Nun komme ich zu dem Punkt „Verbraucherbildung“. Das war schon in der letzten Legislaturperiode für mich ein großes Anliegen gewesen, da ich der Auffassung bin, dass, obwohl alles mittlerweile auf der Verpackung steht, der gängige Verbraucher diese Informationen nicht richtig in den Kontext setzen kann. Es fehlt das Grundwissen, das genauso viel Fett doppelt so viele Kilokalorien hat, wie die



gleiche Menge Kohlenhydrate und auch Proteine. Damit fängt es schon an. Mit der Nährwertabelle, die hinten abgebildet ist, kann nicht viel angefangen werden. Woran liegt das? Diese Bildung darüber ist uns irgendwo verloren gegangen. Hat das BMEL diesen Punkt auf dem Schirm und will es das Thema „Verbraucherbildung“ mit den anderen betroffenen Ministerien vorantreiben?

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Verbraucherbildung spielt bei uns im BMEL eine große Rolle. Das Thema „Essen“ ist so präsent in den Medien, wie es vorher noch nie war. Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr wohl informiert, aber so wie Sie es selbst darstellen, können die Verbraucher es teilweise gar nicht genau einschätzen und sind damit gleichzeitig, wenn wir die Ernährungsumgebung betrachten, mit bestimmten Entscheidungen, die sie treffen müssen, überfordert. Daran müssen wir ansetzen und selbstverständlich den Verbraucher/die Verbraucherinnen von dort abholen, wo sie jetzt stehen. Damit beschäftigt sich bei uns im Haus die zuständige Abteilung.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Es ist noch Zeit für eine Nachfrage.

Abg. **Katharina Willkomm** (FDP): Ja, die habe ich auch. Haben Sie schon konkrete Pläne/Ideen, wie man den Verbraucher entsprechend abholen kann? Denn die Informationen stehen schon auf den Produkten.

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Ich möchte es mal mit einem Überangebot an Labeln vergleichen. Wenn zu viel draufsteht, muss man sich überlegen, welche Informationen für den Verbraucher tatsächlich relevant und noch verständlich sind. Wir haben schon vor Jahren darüber diskutiert, dass nicht so viele Informationen auf den Etiketten, mit denen die Lebensmittelprodukte gekennzeichnet sind, stehen sollten, da sie durch die kleine Schrift überhaupt nicht mehr lesbar sind, wodurch der Verbraucher überfordert wird. Es wird in der Diskussion zu berücksichtigen sein, was der Verbraucher sich wünscht und benötigt, um ihn vernünftig zu informieren, ohne ihn zu

entmündigen. Um dem Verbraucher die Entscheidung zu erleichtern, hat das BMEL den Nutri-Score eingeführt.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Ich würde an dieser Stelle einen Punkt machen, denn wir haben noch Herrn Al-Halak auf der Frageliste. Bitteschön.

Abg. **Muhanad Al-Halak** (FDP): Vielen Dank für den Vortrag. Ich habe zwei Nachfragen: Welche Rolle hat die Anpassung des Emissionsschutzrechtes für den Umbau der Tierhaltung gespielt? Und wie sehen die Ministerien die Machbarkeit des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes, wenn keine Anpassung im Bundesemissionsschutzgesetz erfolgt?

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Das Emissionsschutzgesetz hat weniger Einfluss auf den Neubau von Ställen, jedoch einen großen Einfluss auf den Umbau der Tierhaltung. Dort gibt es Erleichterungen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Dankeschön. Herr Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Danke. Auch Danke für den Vortrag. Ich fand ihn interessant und informativ. Schaut man sich auf den entsprechenden Seiten der Vereinten Nationen das Nachhaltigkeitsziel 2, Beendigung des globalen Hungers, an, wird als Grund für den Hunger genannt, dass, selbst wenn ausreichend Lebensmittel zur Verfügung stehen, aufgrund der höheren Lebensmittelpreise viele Leute keinen Zugang mehr haben. Jetzt muss ich der gesamten Ausrichtung der Politik Ihres Hauses attestieren, dass sie im Grunde darauf abzielt, dass in Deutschland weniger Lebensmittel produziert werden. Wir stellen das Ganze auf ökologischen Landbau um mit Einbußen der Produktivität, wir legen Flächen still, wir lassen Moore vernässen und wir reduzieren die Fleischhaltung. Letzteres führt dazu, dass in einigen Gegenden der höheren Lagen, vor allem im Allgäu, in dem es eine Weidewirtschaft gibt, nach einer Tierhaltungsreduktion nichts anderes stattdessen angebaut wird. Das Ganze läuft darauf hinaus, dass Deutschland in seiner gesamten Lebensmittelproduktion rückläufig ist. Das wird



uns nicht weiter berühren, da wir mit Geld einfach aus anderen Ländern das, was uns fehlt, wegkaufen werden. Damit werden wir eine Verdrängungskette in Gang setzen, die am Ende dazu führen wird, dass in manchen Ländern die Preise für die Lebensmittel, die global weniger werden, am Ende der Kette für einige Leute steigen wird, wobei andere Leute, die es sich jetzt noch haben leisten können, in die unschöne Situation kommen, dass das nicht mehr gehen wird. Ich finde es etwas selbstgerecht, dass man sich ein moralisches Mäntelchen umhängt und in Zeiten, in denen global gesehen nicht genug Essen zur Verfügung steht, eine Goldrandlösung der Ernährung ergehen lässt, während die Lebensmittel auf der Welt de facto zu wenig sind. Ich hätte diesen Zielkonflikt gerne erklärt.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Er ist natürlich ein bisschen politisch, aber vielleicht gibt es trotzdem eine fachliche Antwort.

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Vielen Dank für die Frage. Ich widerspreche vehement der Aussage, die Lebensmittelproduktion in Deutschland würde insgesamt gesenkt werden. Es ist das Ziel unseres Hauses, eine pflanzenbasierte Ernährung zu fördern, um einen Beitrag für eine nachhaltige Gestaltung der Landwirtschaft zu erreichen. Wir sehen die Notwendigkeit. Deswegen werden für diesen Bereich sehr hohe Forschungsgelder zur Verfügung gestellt, sodass in der Tat die Erträge, die Leistungen der Tiere, gerade im Ökolandbau weiter gesteigert werden können. Zudem sehe ich es nicht so, dass wir die Länder des globalen Südens in Schwierigkeiten bringen. Ich denke an die vielen Projekte, die Deutschland fördert. Wenn wir uns internationale Tabellen angucken, ist Deutschland weltweit das Land, das die weniger entwickelten Staaten auf der Welt am meisten fördert. Die Politik der Bundesregierung sieht so aus, dass mit einem Großteil dieser Projekte, die weltweit, vor allem in Afrika, in den Ländern des globalen Südens, gefördert werden, Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird. Es werden besondere Projekte gefördert, die „Klima“, „Umwelt“, „Wasserqualität/Wassererhaltung“ und insbesondere die Sicherung der Ernährung zum Ziel haben, sodass das Recht auf Nahrung in diesen Staaten verwirklicht werden kann.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Kurze Nachfrage?

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Ganz kurze Nachfrage. Sie sind der Meinung, dass wir, obwohl wir auf ökologischen Landbau umstellen und viele Flächen stilllegen, in Deutschland mehr Lebensmittel produzieren? Habe ich das richtig verstanden?

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Ich habe nicht gesagt, dass wir mehr produzieren. Es ist gegenwärtig zu beobachten, dass die Erträge und Leistungen des ökologischen Landbaus unter denen des konventionellen liegen. Deswegen werden viele Fördergelder zur Verfügung gestellt, um dort zu Ertrags- und Leistungssteigerungen zu kommen – aber stets unter dem Gesichtspunkt, dass wir eine nachhaltige Landwirtschaft erreichen wollen und dass wir dabei nicht aus dem Auge verlieren dürfen, dass ein „Weiter so“ zukünftig nicht möglich sein wird. Wir müssen etwas tun und wir können nicht versuchen, eine Krise zu überwinden, indem wir eine andere Krise – ich denke an Klima und Umwelt – weiter vertiefen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Dankeschön. Dann habe ich Herrn Wagner.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Ich will kurz auf Herrn Kraft eingehen. Wir verfüttern 60 Prozent des deutschen Getreides an Tiere. Man könnte in der Nahrungssicherung große Effizienzgewinne erzielen, wenn wir sagen, Essen für den Teller und nicht für den Trog. Aber das war nur eine politische Randbemerkung.

Jetzt zu meinen Fragen an Sie, Frau Kons. Sie hatten am Anfang Ihres Vortrages etwas zu der Auswirkung der Klimakrise auf die Nahrungsmittelsicherheit gesagt. Gibt es Zahlen oder Einschätzungen dazu, wie sich die Dürren und die Unwetter dieses Jahr gerade in Spanien, das viele Lebensmittel für Europa herstellt, auf die deutlichen Erzeugnisse landwirtschaftlicher Art ausgewirkt haben? Und wie bewerten Sie als BEMEL generell den Einfluss der Klimakrise auf die Lebensmittelsicherheit? Das war meine erste Frage.



**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Ob zu den Erträgen in Spanien unter Berücksichtigung der Klimakrise und der großen Trockenheiten Zahlen vorliegen, kann ich momentan nicht sagen. Natürlich haben die Klimakrisen, die Trockenheit und die nassen Wetterlagen einen enormen Einfluss auf die weltweiten Ernteerträge, wobei wir jetzt registrieren, dass es während der Vegetationsperioden auf der ganzen Welt Klimakrisen gegeben hat. Laut Ernteprognosen wird der Getreideertrag insgesamt dennoch in dem Jahr 2023 über dem Ergebnis vom vergangenen Jahr stehen. Bei Weizen sieht es etwas anders aus. Wir ernten weltweit voraussichtlich etwas weniger Weizen, aber der weltweite Gesamtgetreideertrag ist völlig ausreichend und wird nicht dazu führen, dass es Notsituationen geben kann, soweit es weltweit eine vernünftige Verteilung gibt.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Die zweite Frage wäre auch eine politische, weil wir heute Studentinnen und Studenten vor Ort haben, die vielleicht später untereinander diskutieren werden, was wir besprochen haben. Es gibt die Forderung, dass aufgrund der Preissteigerungen im Lebensmittelbereich und aufgrund des Krieges sowie vieler anderer Faktoren die Mehrwertsteuersenkung auf pflanzliche Lebensmittel eine Methode wäre, die Preise für Lebensmittel, gerade für pflanzliche Lebensmittel, zu senken. Wie bewertet Ihr Haus diese Idee, die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel zu senken und was ist da der Stand? Das steht nicht im Koalitionsvertrag, aber wir befinden uns in einer dynamischen Welt und der Koalitionsvertrag ist starr, wie auch jüngst ein anderer Kollege im Abgeordnetenhaus gesagt hat. Von daher: Wie bewerten Sie diese Idee als BMEL?

**MinDirig'n Judith Kons** (Leiterin Unterabteilung 72, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)): Sie wissen, dass Bundesminister Özdemir zur Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung die Forderung gestellt hat, den Umsatzsteuersatz für Obst und Gemüse auf „Null“ zu setzen. Es gibt Berechnungen, anhand derer gesehen werden

kann, dass die Umsetzung dieser Idee zu einer Steigerung des Verzehrs von Obst und Gemüse in Deutschland führen würde. Diese Frage ist in der Sitzung des StS-Ausschusses am Montag sehr intensiv diskutiert worden. Letztendlich ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass man die Forderung, die Umsatzsteuer von Obst und Gemüse auf „Null“ zu setzen, zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter verfolgen wird, weil wir dafür in der Bundesregierung keine Mehrheit finden werden. Aber man ist sich darüber einig geworden, dass die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung weiter gefördert werden muss, wobei wir noch keine genauen Festlegungen tätigen konnten, wie eine solche Förderung konkret aussehen würde. Es gibt Diskussionen dazu, aber weil unser Haus bis dato einen anderen Ansatz verfolgt hat, schwenken wir erst jetzt um und werden nun Alternativen diskutieren.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank, Frau Kons. Wir sind gespannt, welche Alternativen das sein werden. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die infrage kommen, wenn es denn nicht die Steuer ist. Meine Redeliste haben wir abgearbeitet. Ich bedanke mich bei Ihnen beiden dafür, dass Sie heute berichtet sowie Rede und Antwort gestanden haben – insbesondere bei Frau Kons, aber auch bei Herrn Altenhof.

### Tagesordnungspunkt 3

#### Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Wir fahren mit unserer Tagesordnung fort. Wir haben TOP 3 – Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen. Verabredungsgemäß ist heute der Gesundheitsausschuss an der Reihe. Da haben wir die Kollegin Rudolph und den Kollegen Wagner zur Berichterstattung. Frau Rudolph sehe ich gerade nicht. Dann bitte ich den Kollegen Wagner, kurz aus dem Gesundheitsausschuss zu berichten.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Nachhaltigkeit ist auch im Gesundheitswesen ein großer und wichtiger



Faktor. Der Gesundheitssektor verursacht in Deutschland jedes Jahr 6,1 Prozent der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit mehr als der Flugverkehr oder das gesamte Internet, wenn man den Stromverbrauch in CO<sub>2</sub> umwandelt. Es ist geboten, auch im Gesundheitssektor darüber zu sprechen, wie wir weniger Ressourcen und vor allem CO<sub>2</sub> verbrauchen können. Gerade in den Krankenhäusern fällt durch die zahlreichen Einmal- und Einwegprodukte viel Müll an, wodurch einige Ressourcen verbraucht werden. Es gibt auf EU-Ebene verschiedene Ideen, wie man den Krankenhausesektor klimaneutral gestalten kann. Eine Diskussion, die wir vor kurzem in einem Fachgespräch hatten, handelte von der Idee, die Ernährung zu verändern, aber auch die Narkosegase, die eine große Treibhauswirkung haben, zu reduzieren. Es gibt im Rahmen des G7-Prozesses verschiedene Zielvorgaben, den Gesundheitssektor klimaneutral umzubauen. Das sind vor allem viele europäische und globale Vorhaben und Zielerklärungen. Ich finde, dass wir im Gesundheitssektor noch mehr tun könnten, als bisher der Fall ist. Gleichwohl ist die Herausforderung, die wir mit Versorgung und Krankenhausreformgesetzen haben, so groß, dass oft wenig Zeit und Energie dafür bleibt. Wir werden uns als Ausschuss, als Parlament, weiter dafür einsetzen, dass dort noch auf die Punkte eingegangen wird, die uns von der Wissenschaft immer vorgetragen werden. Ein spannender Leitfaden ist in diesem Kontext das Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Sie haben dieses Jahr ein Gutachten mit dem Titel „Umwelt und Gesundheit konsequent zusammen denken“ veröffentlicht, in welchem sowohl Tipps für mehr Nachhaltigkeit als auch Informationen darüber enthalten sind, wie groß der Faktor auf unsere Gesundheit ist, wenn wir nicht nachhaltig handeln. Dieses Gutachten würden wir gerne als Leitfaden verwenden. Bei Rückfragen können Sie sich an mich wenden.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**

Dankeschön, Herr Wagner. Ich schaue mal in die Runde. Gibt es Rückfragen? Herr Brinkhaus.

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Vielen Dank für den Bericht. Es ist sicherlich wichtig, im Bereich Gesundheit auf CO<sub>2</sub>-Emissionen zu achten. Wir haben gesagt, dass wir ein SDG-

Controlling durchführen, aber um Missverständnissen vorzubeugen, weise ich darauf hin, dass wir uns nicht die CO<sub>2</sub>-Emission eines jeden Ministeriums angucken. Das Gesundheits-SDG hat andere Indikatoren. Wenn ich mir diese Indikatoren nehme, würde mich viel mehr interessieren, was z. B. vorzeitige Sterblichkeit von Menschen über 70 Jahre oder die Adipositas-Quote ist. Wie gesagt, ich will das nicht klein reden, Herr Wagner. Es ist wichtig, was Sie gesagt haben. Aber das ist nicht das Entscheidende. Wir können nicht alles auf CO<sub>2</sub> zurückführen. Die Nachhaltigkeitsziele sind wesentlich breiter angelegt. CO<sub>2</sub> ist eine von vielen wichtigen Sachen. Wenn wir die entsprechenden Minister oder Ministeriumsvertreter vor Ort haben, ist eine Berichterstattung über den CO<sub>2</sub>-Impact ihrer jeweiligen Aktivitäten nicht unsere Aufgabe als PBnE, sondern wir müssen uns an die primären Nachhaltigkeitsziele wenden, an den Bereich Gesundheit, um den Kollegen etwas „Brainfood“ mitzugeben. Wir haben scheinbar die zweit- oder dritthöchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf in der Welt, aber haben die zweitgeringste Lebenserwartung in Westeuropa. Das ist keine parteipolitische Thematik. Es geht vielmehr darum, den Fehler zu finden.

Auch wenn wir mit der Weiterentwicklung unseres Status nicht vorankommen, haben wir meines Erachtens eine einmalige Chance, zielgerichtet Politik zu betreiben. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wir reden hier viel über Krankenhäuser. Frau Hagl-Kehl und ihre Kollegen von der CSU führen Schlachten um Kreiskrankenhäuser. Krankenhäuser sind nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, dass die Leute möglichst lange gesund leben. Ich muss nicht vom Krankenhaus her argumentieren, was in einer Kreisstadt in Ostwestfalen oder Niederbayern ist, sondern ich muss damit argumentieren, wie ich es schaffe, dass die Leute länger leben. Das ist unsere Chance, die Thematik anzugehen, da wir über den Dingen schweben. Wir müssen breiter und parteiübergreifender denken. Das ist der Punkt, der mir wichtig ist. Ich könnte Initiativen von uns nennen, die wichtig sind, aber diese sind nicht auf das große Ganze orientiert.



**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Dankeschön, Herr Brinkhaus. Herr Wagner,  
wollen Sie reagieren?

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Ich reagiere nur kurz, weil ich Ihnen  
vollkommen Recht gebe. Sie hatten vor einigen  
Monaten etwas Ähnliches angemerkt. Da habe ich  
Ihnen auch Recht gegeben. Sie merken nur, dass  
das Format, innerhalb von fünf Minuten über  
Nachhaltigkeit im AfG zu sprechen, dem nicht  
gerecht werden kann, weswegen ich mich auf  
diesen Bereich fokussiert habe, der oft  
unterschätzt wird. Die Allermeisten wissen, dass  
Prävention, Adipositas, Tabak und Krankenhäuser  
zur Nachhaltigkeit dazugehören. Aber die  
Wenigsten wissen, dass der Gesundheitssektor für  
6,1 Prozent der nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionen  
zuständig ist. Deswegen habe ich diesen Aspekt  
herausgenommen und habe zudem das  
Müllproblem angesprochen, das unabhängig von  
CO<sub>2</sub> ist. Ich glaube, für die hier Anwesenden ist  
dieser Fakt am ehesten neu gewesen. Dass wir in  
Deutschland ein massives Adipositas-Problem  
haben, ist den Meisten bekannt. Aber auch das  
gehört zu einer nachhaltigen Lebensführung dazu,  
dass wir in dem Bereich „Adipositas/Ernährung“  
vorankommen. So viel für diese fünf Minuten,  
Herr Kleebank. Zudem finde ich, dass wir in  
diesem Format darüber sprechen können, wie wir  
diese zwei Stunden im PBnE möglichst effektiv  
und gewinnbringend für alle Beteiligten nutzen,  
welche Gäste wir einladen und wie wir nach  
außen kommunizieren, was wir hier beschließen  
und welche Erkenntnisse wir gewonnen haben.  
Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen  
Dank, Herr Wagner. Auch für Ihre Anregungen,  
wie mit diesen fünf Minuten umgegangen werden  
kann und ob wir sie vielleicht auf zehn oder  
fünfzehn verlängern sollten, um bestimmte  
Thematiken zu vertiefen. Ich schlage vor, dass wir  
das in der Obleuterunde besprechen und dann  
ggf. zu anderen Verabredungen kommen.

Unter diesem TOP wird der Kollege Nils Gründer  
beim nächsten Mal zum Thema „Verteidigung“  
berichten. Er ist heute leider verhindert.

#### Tagesordnungspunkt 4

##### Verschiedenes

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Damit sind  
wir beim TOP 4 – Verschiedenes. Hier nur  
folgende Informationen. Wir sind weiterhin daran,  
den zuständigen Herrn Philip Lahm für die  
Euro 2024 einzuladen, die sich Nachhaltigkeit  
groß auf die Fahne geschrieben hat. Eine konkrete  
Terminierung konnte es noch nicht geben, aber  
wir peilen eine Sitzung im November oder  
Dezember 2023 dafür an. Zudem sind wir dabei,  
in der Obleuterunde zu besprechen, ob wir einen  
neuen Anlauf für eine Delegationsreise nehmen  
werden. Wir haben heute zwei Termine ins Auge  
gefasst, die mit Ihnen kommuniziert und  
anschließend entschieden werden. Ich habe Herrn  
Meyer-Lay mit einer Wortmeldung gesehen.

Abg. **Volker Mayer-Lay** (CDU/CSU): Vielen Dank,  
Herr Vorsitzender. Wir haben bald wieder die  
Nachhaltigkeitswoche und es wird dort wieder  
eine Debatte dazu geben. Mir ist jetzt zu Ohren  
gekommen, dass vier Stunden dafür vorgesehen  
sind. Wir haben vorher von Herrn Wagner einen  
Kurzbericht über den Stand der Aufwertung, der  
Fortentwicklung des PBnE, gehört, aber sehen hier  
im Parlament bei der Debattenkultur eher eine  
„Verzweigung“ unseres Beirates, wenn wir uns  
mit vier Stunden zufriedengeben. Ich möchte  
daran erinnern, dass es früher ganze  
Nachhaltigkeitswochen gab. Davon ist man dann  
wieder abgewichen. Vielleicht gibt es noch eine  
Durchsetzungsmöglichkeit, hier mehr  
rauszuholen. Ich fände das schon sinnvoll, denn  
wir sehen uns als ein wichtiges Gremium, das wir  
auch sind, und sollten uns entsprechend  
selbstbewusst zeigen, was die Debatte angeht.  
Dankeschön.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Wir alle  
haben auch noch den Vorschlag des Kollegen  
Brinkhaus gut im Ohr, der sehr überzeugend war.  
Verabredet wird es nicht auf unserer Ebene,  
sondern auf Ebene der Parlamentarischen  
Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Da  
fließen noch andere Fragestellungen und Aspekte  
mit ein. Ich kenne den aktuellen Stand dazu  
nicht, aber ich habe noch eine Wortmeldung von  
dem Kollegen Blankenburg. Bitteschön.

Abg. **Jakob Blankenburg** (SPD): Es gibt meines  
Wissens eine interfraktionelle Vereinbarung,  
nachdem dann die 240 Minuten diskutiert  
werden, die dann auch in der PGF-Runde  
gefunden worden ist. Dementsprechend ist es



zwischen allen Fraktionen geeint. Wenn ich richtig informiert bin, ist gesagt worden, dass dieses Mal anhand von konkreten Strukturen diskutiert wird. Es wird nicht wie letztes Jahr sein, in dem jeder gesagt hat, was ihm gerade zum Thema „Nachhaltigkeit“ eingefallen ist. Das ist auch nicht zielführend. Das wissen Sie, das weiß ich. Dementsprechend bin ich gespannt, wonach dann diskutiert wird, wenn wir die Tagesordnung vorliegen haben. Aber ich gebe Ihnen durchaus

Recht. Dafür müssen wir alle innerhalb unserer Fraktionen werben.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Genauso ist es. Gibt es weiteres „Verschiedenes“ von Ihnen? Das sehe ich nicht. Ich schließe die Sitzung und bedanke mich für die gute Debatte. Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 18:13 Uhr

Helmut Kleebank, MdB  
**Vorsitzender**